

RENÉ REPASI

Wirkungsweise des
unionsrechtlichen
Anwendungsvorrangs
im autonomen IPR

*Max-Planck-Institut
für ausländisches und internationales
Privatrecht*

*Studien zum ausländischen
und internationalen Privatrecht*

401

Mohr Siebeck

Studien zum ausländischen und internationalen Privatrecht

401

Herausgegeben vom

Max-Planck-Institut für ausländisches
und internationales Privatrecht

Direktoren:

Holger Fleischer und Reinhard Zimmermann



René Repasi

Wirkungsweise
des unionsrechtlichen
Anwendungsvorrangs
im autonomen IPR

Mohr Siebeck

René Repasi, geboren 1979; Studium der Rechtswissenschaften an den Universitäten Heidelberg und Montpellier; 2006 Erstes Staatsexamen; 2008 Zweites Staatsexamen; 2008–2015 wissenschaftlicher Mitarbeiter am Institut für deutsches und europäisches Gesellschafts- und Wirtschaftsrecht der Ruprecht-Karls-Universität Heidelberg; seit 2015 wissenschaftlicher Koordinator des European Research Centre for Economic and Financial Governance (EURO-CEFG) der Universitäten Leiden, Delft und Rotterdam.

ISBN 978-3-16-155306-6 / eISBN 978-3-16-155307-3

DOI 10.1628/978-3-16-155307-3

ISSN 0720-1141 / eISSN 2568-7441

(Studien zum ausländischen und internationalen Privatrecht)

Die Deutsche Nationalbibliothek verzeichnet diese Publikation in der Deutschen Nationalbibliographie; detaillierte bibliographische Daten sind im Internet über <http://dnb.dnb.de> abrufbar.

© 2018 Mohr Siebeck Tübingen. www.mohrsiebeck.com

Das Werk einschließlich aller seiner Teile ist urheberrechtlich geschützt. Jede Verwertung außerhalb der engen Grenzen des Urheberrechtsgesetzes ist ohne Zustimmung des Verlags unzulässig und strafbar. Das gilt insbesondere für die Verbreitung, Vervielfältigung, Übersetzung und die Einspeicherung und Verarbeitung in elektronischen Systemen.

Das Buch wurde von Gulde Druck in Tübingen auf alterungsbeständiges Werkdruckpapier gedruckt und von der Buchbinderei Nädele in Nehren gebunden.

Printed in Germany.

Vorwort

Die vorliegende Arbeit wurde im Jahr 2016 von der Juristischen Fakultät der Ruprecht-Karls-Universität Heidelberg als Dissertation angenommen. Sie entstand während meiner Zeit als wissenschaftlicher Mitarbeiter am Institut für deutsches und europäisches Gesellschafts- und Wirtschaftsrecht in Heidelberg und wurde im Rahmen des Europäischen DFG-Graduiertenkollegs „Systemtransformation und Wirtschaftsintegration im zusammenwachsenden Europa“ der Universitäten Heidelberg, Mainz und Krakau gefördert. Für die Förderung gebührt der Deutschen Forschungsgemeinschaft (DFG) mein Dank. Rechtsprechung und Literatur wurden bis zum November 2017 berücksichtigt.

Meinem Doktorvater, Herrn Professor Dr. Dr. h.c. mult. *Peter-Christian Müller-Graff*, bin ich nicht nur für die stets aufgeschlossene und freundliche Betreuung meiner Arbeit zu tiefem Dank verpflichtet, sondern auch dafür, dass er mir als Mitarbeiter an seinem Lehrstuhl und in persönlichen Gesprächen seine Gedankenwelt eröffnete und damit die Grundlagen für mein Verständnis von Europarecht und für mein wissenschaftliches Denken legte. Herrn Professor Dr. *Marc-Philippe Weller* danke ich für die zügige Erstellung des Zweitgutachtens. Bedanken möchte ich mich zudem bei Herrn Professor Dr. Dr. h.c. mult. *Jürgen Basedow*, LL.M. (Harvard) für die Aufnahme in die Schriftenreihe des Max-Planck-Instituts für ausländisches und internationales Privatrecht.

Die Erstellung dieser Arbeit ist eng mit wertvollen Begegnungen und Gesprächen verbunden. Mein Dank gilt hier meinen Kolleginnen und Kollegen vom Institut für deutsches und europäisches Gesellschafts- und Wirtschaftsrecht in Heidelberg. Namentlich hervorheben möchte ich Herrn Dr. *Dominik Braun*, LL.M. (Chicago), der zudem als erster das Gesamtwerk las und mit seinen Anmerkungen und Hinweisen entscheidend zur Qualität der Endfassung beigetragen hat, Herrn Dr. *Roman Guski*, LL.M. (Notre Dame) und Herrn Professor Dr. *Friedemann Kainer*. Den Gedankenaustausch zum Kollisionsrecht durfte ich mit früheren Kollegen aus der Zeit als studentische Hilfskraft am Institut für ausländisches und internationales Privat- und Wirtschaftsrecht führen. Zu besonderem Dank bin ich Herrn Professor Dr. Dr. h.c. mult. *Erik Jayme*, LL.M. (Berkley), Herrn Professor Dr. *Martin Gebauer*, Herrn Professor Dr. *Stefan Huber*, LL.M. (Köln/Paris), Herrn Professor Dr. *Boris Schinkels*,

LL.M. (Cantab.) und Herrn Professor Dr. *Matthias Weller*, Mag.rer.publ. verpflichtet. Frau *Ruth Römpert* und Herrn *Zoltan Pinter* gebührt mein besonderer Dank, da sie die Mühen des Korrekturlesens auf sich genommen haben. Schließlich bin ich dem Redaktionsteam am Max-Planck-Institut für ausländisches und internationales Privatrecht für die ausgezeichnete redaktionelle Betreuung der Druckfassung und die vielen hilfreichen Hinweise dankbar.

Von unschätzbarem Wert waren die Studienaufenthalte in der Bibliothek des Friedenspalastes (*Vredespaleis*) in Den Haag, die mir in großzügiger Weise von dem Bibliotheksdirektor Herrn *Jeroen Vervliet* ermöglicht wurden. Die außerordentliche Unterstützung des dortigen Bibliothekars Herrn *Niels van Tol* hat einen wesentlichen Beitrag zur Erstellung der vorliegenden Arbeit geleistet.

Meine Eltern, *Monika* und *Endre Repasi*, haben mich auf meinem Weg zur Promotion immer gestützt und ermutigt. Sie formten mit ihrer Erziehung und ihrem Vorbild die Gedanken, die die Grundlage für das vorliegende Werk bilden, und sie unterstützten mich uneingeschränkt auf meinem Lebensweg, der mich zu der vorliegenden Dissertation führte. Mein größter Dank gilt meiner Frau *Monika Repasi* für ihr Verständnis, ihre stets liebevolle Unterstützung und ihre Geduld. Während der Korrekturen der Druckfassung dieser Arbeit kam unser Sohn *Youri Repasi* auf die Welt. Er ist der Sohn eines Vaters, der selber einen Vater ungarischer und eine Mutter deutscher Herkunft hat, und einer Mutter, die in Polen zur Welt kam. Sein Geburtsland sind die Niederlande. Meine Familie ist damit das Spiegelbild für ein zusammenwachsendes Europa, das Menschen unterschiedlicher Nationen in Familien zusammenbringt. Ihnen ist diese Arbeit gewidmet.

Rijswijk/Heidelberg, im November 2017

René Repasi

Inhaltsübersicht

Vorwort	V
Inhaltsverzeichnis	IX
Abkürzungsverzeichnis	XXV
Einleitung	1
<i>A. Gegenstand der Arbeit</i>	5
<i>B. Gang der Untersuchung</i>	7
Kapitel 1: Theorie des unionsrechtlichen Anwendungsvorrangs	10
<i>A. Vorfragen der Geltung, des Geltungsgrunds und der Autonomie der Unionsrechtsordnung</i>	11
<i>B. Nationale Rechtsordnungen und die Unionsrechtsordnung als Verbund der Rechtsordnungen</i>	14
<i>C. Wirkungen des Unionsrechts im mitgliedstaatlichen Hoheitsgebiet</i>	18
<i>D. Das Verhältnis zwischen Unionsrecht und mitgliedstaatlichem Recht</i>	23
<i>E. Zwischenergebnis</i>	50
Kapitel 2: Einwirkungen des Unionsrechts in die nationale Privatrechtsordnung	52
<i>A. Arten der Einwirkung des Unionsrechts in nationale Rechtsordnungen</i> ..	52

<i>B. Einwirkungen des Unionsrechts in das Privatrechtsverhältnis mit Auslandsbezug</i>	71
<i>C. Zwischenergebnis</i>	77
Kapitel 3: Primärrechtliche Vorgaben für die nationalen Rechtsordnungen	79
<i>A. Gleichheitsrechtliche Vorgaben</i>	80
<i>B. Die Vorgaben der Marktgrundfreiheiten</i>	158
<i>C. Vorgaben der Grundfreiheit ohne Markt: Die Unionsbürgerfreizügigkeit</i>	248
<i>D. Schutzbereichsverstärkung durch Unionsgrundrechte</i>	287
<i>E. Zwischenergebnis</i>	289
Kapitel 4: Einwirkungen des Primärrechts in das autonome IPR	294
<i>A. Kollisionsrecht als Gegenstand der Kontrolle durch die unionsrechtlichen Gleichheitssätze und die Grundfreiheiten</i>	295
<i>B. Internationales Gesellschaftsrecht</i>	329
<i>C. Internationales Namensrecht</i>	387
<i>D. Zusammenfassung</i>	465
Schlussbetrachtungen	489
Zusammenfassung in Thesenform	491
Literaturverzeichnis	507
Entscheidungsverzeichnis	530
Sachregister	534

Inhaltsverzeichnis

Vorwort	V
Inhaltsübersicht	VII
Abkürzungsverzeichnis	XXV
Einleitung	1
<i>A. Gegenstand der Arbeit</i>	5
<i>B. Gang der Untersuchung</i>	7
Kapitel 1: Theorie des unionsrechtlichen Anwendungsvorrangs	10
<i>A. Vorfragen der Geltung, des Geltungsgrunds und der Autonomie der Unionsrechtsordnung</i>	11
<i>B. Nationale Rechtsordnungen und die Unionsrechtsordnung als Verbund der Rechtsordnungen</i>	14
I. Positivrechtliche Verschränkungen von nationalen Rechtsordnungen und Unionsrechtsordnung	15
II. Grundlage des Verbundes: Bürger als Staatsbürger und Unionsbürger	16
<i>C. Wirkungen des Unionsrechts im mitgliedstaatlichen Hoheitsgebiet</i>	18
I. Die unmittelbare Anwendbarkeit von Normen des Unionsrechts	19
II. Voraussetzungen für die unmittelbare Anwendbarkeit einer Norm des Unionsrechts	20
1. Individuelle Berechtigung ist keine zusätzliche Voraussetzung ..	21
2. Reichweite der unmittelbaren Anwendbarkeit	22

<i>D. Das Verhältnis zwischen Unionsrecht und mitgliedstaatlichem Recht</i>	23
I. Konkurrenz im Normalfall.....	23
II. Vorrang des Unionsrechts als Kollisionsregel.....	23
1. Notwendigkeit einer rechtsförmigen Regel zur Lösung des Normenkonflikts	24
2. Lösung des EuGH: Anwendungsvorrang des Unionsrechts.....	24
3. Rechtstheoretische Einordnung des Vorrangs des Unionsrechts	26
a) Kein hierarchisches Verständnis vom Vorrang des Unionsrechts.....	28
b) Vorrang des Unionsrechts als Kollisionsnorm gleichgeordneter Rechtsordnungen.....	30
aa) Keine völkerrechtliche Kollisionsnorm zur Auflösung von Rechtsordnungskonflikten.....	30
bb) Kollisionsnormen gleichgeordneter Rechtsordnungen	31
cc) Vorrang des Unionsrechts als Geltungsanspruch der unionalen Rechtsnorm, der durch eine Kollisionsnorm der nationalen Rechtsordnung anerkannt wird	34
(1) Einwand der Rangregel in monistisch geprägten Verfassungen.....	35
(2) Einwand des IPR als Konfliktvermeidungs- und nicht als Konfliktlösungsrecht	36
(3) Einwand des einfachgesetzlichen Rangs der nationalen Kollisionsnorm	37
dd) Zusammenfassung.....	39
III. Unmittelbare Anwendbarkeit als Voraussetzung des Anwendungsvorrangs	39
IV. Wirkungsweise des Anwendungsvorrangs des Unionsrechts	41
V. Vermeidung von Normenkonflikten durch unionsrechtskonforme Auslegung.....	43
1. Reichweite der unionsrechtskonformen Auslegung.....	44
2. Vorrang der unionsrechtskonformen Auslegung	44
3. Vorrang der unionsrechtskonformen Rechtsfortbildung	46
4. Besonderheiten der richtlinienkonformen Auslegung.....	49
<i>E. Zwischenergebnis</i>	50

Kapitel 2: Einwirkungen des Unionsrechts in die nationale Privatrechtsordnung.....	52
<i>A. Arten der Einwirkung des Unionsrechts in nationale Rechtsordnungen ...</i>	<i>52</i>
I. Anwendung unmittelbar anwendbarer Unionsrechtsnormen	53
II. Unionsrechtskonforme Rechtsfortbildung aufgrund von Unionsrecht	54
1. Lückenfeststellung im Anwendungsbereich der Unionsrechtsordnung.....	55
a) Aufgabe des Erfordernisses eines „Gesamtplans“ zur Lückenfeststellung	56
b) Verbund der Rechtsordnungen als Bezugspunkt für die Lückenfeststellung	58
2. Lückenfüllung durch unionsrechtskonforme Rechtsfortbildung	59
a) Unionsrechtskonforme Rechtsfortbildung als eigene Kategorie	60
b) Anpassung der Rechtsfortbildungsinstrumente	61
c) Exkurs: Die richtlinienkonforme Rechtsfortbildung.....	62
3. Die „contra legem“-Grenze bei der unionsrechtskonformen Rechtsfortbildung	64
a) Grenzziehung erfolgt unabhängig von der Lückendefinition.....	64
b) Grenzziehung im multipolaren Spannungsfeld zweier Normgeber und nationaler Judikativen	66
III. Rechtsfortbildung der nationalen Rechtsordnung infolge unmittelbar anwendbaren Unionsrechts	69
<i>B. Einwirkungen des Unionsrechts in das Privatrechtsverhältnis mit Auslandsbezug</i>	<i>71</i>
I. Kategorisierung der privatrechtsrelevanten unionalen Rechtsnormen nach der Reichweite ihrer Einwirkung	71
1. Negative Integration: Privatrechtsbeschränkungen	72
a) Schlichte Begrenzung subjektiver Rechte	72
b) Unionsrechtliche Beanstandung mit daraus resultierendem Handlungsauftrag	72
2. Positive Integration: Einwirkung des Unionsrechts in Form von Privatrechtsschöpfung.....	73

a) Unmittelbar geltendes einheitliches Privatrecht auf Unionsebene	73
b) Schaffung gemeinsamen nationalen Privatrechts	75
II. Zusammenspiel von Internationalem Privatrecht und Sachprivatrecht.....	75
C. Zwischenergebnis.....	77

Kapitel 3: Primärrechtliche Vorgaben für die nationalen Rechtsordnungen.....79

A. Gleichheitsrechtliche Vorgaben	80
I. Vielzahl unionsrechtlicher Diskriminierungsverbote	80
II. Einheitliche Dogmatik der unionsrechtlichen Gleichheitssätze	82
1. Übertragbarkeit dogmatischer Strukturen von Gleichheitsrechten mit transnationaler Integrationsfunktion auf Gleichheitsrechte mit supranationaler Legitimationsfunktion.....	82
2. Ausgangspunkt: Diskriminierungsverbote als besondere Ausformungen des allgemeinen unionsrechtlichen Gleichheitssatzes	85
3. Dogmatische Grundstruktur des allgemeinen Gleichheitssatzes.....	88
a) Gleichheit der Sachverhalte	89
aa) Unterscheidbarkeit der Sachverhalte	89
bb) Vergleichssachverhalt darf nicht lediglich hypothetisch sein	90
cc) Vergleichbarkeit verschiedener Sachverhalte	91
dd) Exkurs: Vergleichbarkeit von Ehe und gleichgeschlechtlicher Lebenspartnerschaft	93
b) Behandlung durch dasselbe Rechtssubjekt.....	96
c) Ungleichbehandlung vergleichbarer Sachverhalte	98
aa) Erfordernis der Benachteiligung.....	98
bb) Kein <i>de-minimis</i> -Vorbehalt	98
d) Gleichbehandlung nicht vergleichbarer Sachverhalte.....	99
e) Objektive Rechtfertigung.....	100
4. Besonderheiten der Diskriminierungsverbote.....	102

a) Ziel der Diskriminierungsverbote: Integration „als Gleiche“	102
b) Reichweite der Diskriminierungsverbote: Anknüpfungsverbote oder Begründungsverbote	103
c) Vergleichbarkeit auf Grundlage des verbotenen Differenzierungsmerkmals	106
d) Ungleichbehandlung aus Gründen des verbotenen Differenzierungsmerkmals	109
aa) Unmittelbare Diskriminierungen aus Gründen des verbotenen Differenzierungsmerkmals.....	109
bb) Mittelbare Diskriminierungen aus Gründen des verbotenen Differenzierungsmerkmals.....	110
(1) Neutrale Differenzierungsmerkmale ergänzen die verbotenen Merkmale	111
(2) Zusammenhang mit dem verbotenen Differenzierungsmerkmal	112
(3) Kein Entfallen der Vergleichbarkeitsprüfung trotz feststellbarer Benachteiligung	114
e) Gleichbehandlung aus Gründen des verbotenen Differenzierungsmerkmals	117
aa) Diskriminierungsverbote enthalten keine Ungleichbehandlungsgebote	117
bb) Abweichende EuGH-Rechtsprechung	118
(1) Arbeitnehmerfreizügigkeit.....	119
(2) Unionsbürgerfreizügigkeit: Rechtssache „Garcia Avello“	120
f) Objektive Rechtfertigung.....	123
aa) Diskriminierungsverbote als absolute oder relative Verbote.....	124
bb) Sachliche Rechtfertigungsgründe	128
cc) Abgestufte Verhältnismäßigkeitsprüfung	128
5. Zusammenfassung.....	129
III. Reichweite der Wirkung unionsrechtlicher Gleichheitssätze in den mitgliedstaatlichen Rechtsordnungen	130
1. Eigenständige Anwendungsbereichseröffnung	132
a) Antidiskriminierungsrichtlinien	132

b)	Exkurs: Einwirkung der Antidiskriminierungsrichtlinien in das Familienrecht	133
2.	Akzessorische Anwendungsbereichseröffnung.....	136
a)	Diskriminierungsverbot aus Gründen der Staatsangehörigkeit, Art. 18 Abs. 1 AEUV.....	137
aa)	Anwendungsbereichseröffnung aufgrund anderer unionsrechtlicher Regelungen.....	137
bb)	Anwendungsbereichseröffnung aufgrund eines „Berührungspunktes“ mit einer „unionsrechtlich geregelten Situation“	139
cc)	Keine anderweitige Anwendungsbereichseröffnung bei umgekehrten Diskriminierungen	140
b)	Allgemeiner Gleichheitssatz und weitere besondere Diskriminierungsverbote	141
aa)	Allgemeine Grundsätze des Unionsrechts, Art. 6 Abs. 3 EUV	142
(1)	Agency situation.....	143
(a)	Nicht und fehlerhaft umgesetzte Richtlinien als Durchführung von Unionsrecht.....	143
(b)	Richtlinienvorwirkung führt nicht zu einer Durchführung von Unionsrecht	146
(2)	„ERT“-Situation	147
(3)	Anwendungsbereichsberührung („Karner“-Situation).....	149
(4)	Existenz und Umfang einer sachlichen Unionszuständigkeit.....	150
bb)	EU-Grundrechtecharta, Art. 51 GRCh.....	152
3.	Zusammenfassung.....	154
IV.	Zwischenergebnis zu den gleichheitsrechtlichen Vorgaben des Unionsrechts.....	156

<i>B. Die Vorgaben der Marktgrundfreiheiten</i>	158
I. Funktionale Ausrichtung der Marktgrundfreiheiten auf den Binnenmarkt	159
1. Ökonomischer Zweck des Binnenmarktes.....	161
2. Schlussfolgerungen für den rechtlichen Binnenmarktbe­griff..	163
a) Marktfreiheit	164
b) Marktgleichheit	165
c) Bedeutung für die Bestimmung des Gewährleistungsgehalts der Marktgrundfreiheiten.....	167
II. Marktgrundfreiheiten als besondere Gleichheitssätze	167
III. Marktgrundfreiheiten als freiheitsrechtliche Beschränkungsverbote.....	168
1. Marktgrundfreiheiten sind nicht ausschließlich Gleichheitssätze	169
a) Begründungsansätze für ein gleichheitsrechtliches Verständnis der Marktgrundfreiheiten	169
aa) Marktgrundfreiheiten als transnationale Integrationsnormen	169
bb) Das Argument der Kompetenzverteilung	170
(1) Gleichheitsrechtliches Verständnis als Ausdruck des institutionellen Gleichgewichts von EuGH und Unionsgesetzgeber	170
(2) Gleichheitsrechtliches Verständnis als Ausdruck der vertikalen Kompetenzverteilung zwischen der EU und den Mitgliedstaaten	171
cc) Gleichheitsrechtliches Verständnis verlangt den „Grenzübertritt“ als verbotenes Differenzierungsmerkmal.....	172
b) Kritik.....	173
2. Marktgrundfreiheiten sind nicht ausschließlich Freiheitsrechte.....	176
3. Marktgrundfreiheiten enthalten auch Beschränkungsverbote .	177
IV. Die paradigmatische Grundfreiheit: Das Beschränkungsverbot der Warenverkehrsfreiheit.....	178
1. Beschränkungsverbot der Wareneinfuhrfreiheit (Art. 34 AEUV)	179

a) Behinderung des innerunionalen Handels: Marktzugangsbehinderungen	179
b) Eignung zur unmittelbaren oder mittelbaren, tatsächlichen oder potenziellen Behinderung	180
aa) Eignung von produktbezogenen Kriterien des Bestimmungslandes zur Einfuhrbehinderung	180
bb) Eignung von Absatzbehinderungen im Bestimmungsland.....	181
cc) Mangelnde Eignung aufgrund fehlender Kausalität der Beschränkung.....	182
c) Kein Spürbarkeitskriterium.....	186
d) Beschränkungsverbot als Gewährleistung der Herkunftsrechtsordnung (Herkunftslandprinzip)?	187
e) Herausnahme von absatzregulierenden Handelsbehinderungen, die nicht den Marktzugang versperren oder behindern	192
aa) Absatzregulierende Handelsbehinderungen mit Produktbezug.....	194
bb) Absatzregulierende Handelsbehinderungen ohne Produktbezug: Bestimmte Verkaufsmodalitäten.....	195
cc) Zwischenfazit.....	197
dd) Absatzregulierende Handelsbehinderungen ohne Produktbezug: Verwendungsbeschränkungen	198
ee) Relevantes Kriterium: Marktzugang.....	200
ff) Keine Verkürzung der Warenverkehrsfreiheit auf ein Diskriminierungsverbot bei marktzugangsbehindernden Maßnahmen.....	201
gg) Zusammenfassung.....	202
2. Beschränkungsverbot der Warenausfuhrfreiheit (Art. 35 AEUV)	203
a) Gleichheitsrechtliches Verständnis der Warenausfuhrfreiheit des EuGH	204
b) Kritik.....	205
c) Besonderes Beschränkungsverbot unter Berücksichtigung der Sonderlage bei Ausfuhrbehinderungen	206
3. Zusammenfassung.....	207

V.	Das Beschränkungsverbot der Verkehrsfreiheiten der natürlichen Personen	208
1.	Beschränkungen des Zuzugs von natürlichen Personen	211
a)	Ausgangspunkt: Nichtanerkennung ausländischer Qualifikationen	211
b)	Niederlassungserfordernisse als über eine Mehrfachbelastung hinausgehende Marktzugangssperre ..	215
c)	Verallgemeinerung: „Kraus“ und „Gebhard“	217
d)	Konkrete Anwendung des Beschränkungsverbots: „Bosman“ und „Lehtonen“	218
e)	Zusammenfassung	219
2.	Beschränkungen des Wegzugs von natürlichen Personen	220
3.	Mangelnde Eignung aufgrund fehlender Kausalität	222
4.	Übertragbarkeit der „Keck“-Rechtsprechung	224
5.	Zusammenfassung	227
VI.	Die Zwittergrundfreiheit: Das Beschränkungsverbot des freien Dienstleistungsverkehrs (Art. 56 AEUV)	229
1.	Verbot der Beschränkung von Dienstleistungen durch den Bestimmungsstaat	230
2.	Verbot der Beschränkung von Dienstleistungen durch den Herkunftsstaat des Leistungserbringers	232
3.	Mangelnde Eignung aufgrund fehlender Kausalität	237
4.	Übertragbarkeit der „Keck“-Rechtsprechung	239
a)	Rechtsprechung des EuGH	239
b)	Ansätze in der Literatur	243
5.	Zusammenfassung	244
VII.	Zwischenergebnis: Dogmatik der Marktgrundfreiheiten	246
C.	<i>Vorgaben der Grundfreiheit ohne Markt:</i>	
	<i>Die Unionsbürgerfreizügigkeit</i>	<i>248</i>
I.	Vom Marktbürger zum Unionsbürger	249
II.	Unmittelbare Anwendbarkeit	252
III.	Diskriminierungsverbot	253
1.	Reichweite des Diskriminierungsverbots	253
a)	Keine Schutzbereichsverkürzung durch den Vorbehalt in Art. 21 Abs. 1 AEUV	254

b) Keine zusätzlichen Anforderungen an den Zusammenhang von Freizügigkeit und Diskriminierung ..	258
2. Art. 21 Abs. 1 AEUV als besonderes Diskriminierungsverbot	260
IV. Beschränkungsverbot	261
1. Gewährleistungsgehalt des Beschränkungsverbots	263
a) Der gleichheitsrechtliche Deutungsversuch der Unionsbürgerfreizügigkeit	264
b) Das freiheitsrechtliche Beschränkungsverständnis der Unionsbürgerfreizügigkeit	265
2. Das grenzüberschreitende Element.....	267
3. Kernbestand der Rechte, die der Unionsbürgerstatus verleiht	272
4. Mangelnde Eignung aufgrund fehlender Kausalität.....	276
5. Herausnahme von Beschränkungen, die den Zugang zum Hoheitsgebiet nicht versperren	278
V. Zusammenfassung: Dogmatik der Unionsbürgerfreizügigkeit	284
D. <i>Schutzbereichsverstärkung durch Unionsgrundrechte</i>	287
E. <i>Zwischenergebnis</i>	289
Kapitel 4: Einwirkungen des Primärrechts in das autonome IPR	294
A. <i>Kollisionsrecht als Gegenstand der Kontrolle durch die unionsrechtlichen Gleichheitssätze und die Grundfreiheiten</i>	295
I. Spezifisch kollisionsrechtliche Diskriminierungen und Beschränkungen	296
1. Relevanz der Unterscheidung von Gesamtverweisung und Sachnormverweisung	298
2. Transaktionskosten durch Berufung einer fremden Rechtsordnung.....	301
3. Berufung von Sachnormen einer anderen Rechtsordnung als derjenigen des Herkunftsstaates	303
4. Berufung von Sachnormen der Rechtsordnung des Herkunftsstaates.....	306

a)	Berufung der Sachnormen der Herkunftsrechtsordnung durch das IPR des Herkunftsstaates	307
b)	Berufung der Sachnormen der Herkunftsrechtsordnung durch das IPR des Bestimmungs- bzw. Aufenthaltsstaates	309
II.	Bedeutung sachrechtlicher Diskriminierungen und Beschränkungen für das Kollisionsrecht.....	312
1.	Modifikation benachteiligenden inländischen Sachrechts.....	313
2.	Modifikation benachteiligenden ausländischen Sachrechts	313
a)	Auslegungs- und Fortbildungsbefugnis des inländischen Richters für ausländisches Sachrecht.....	314
b)	Reichweite der Befugnis zur Modifikation ausländischen Sachrechts	316
aa)	Auslegung und Fortbildung ausländischer Sachnormen nach den Methoden der Auslandsrechtsordnung	317
bb)	Auslegung und Fortbildung ausländischen Sachrechts im Lichte forumeigener Tatsachen und Wertungen	319
(1)	Substitution, Transposition und Anpassung	320
(2)	Datumtheorie	321
cc)	Unionsrechtskonforme Auslegung und Fortbildung ausländischer Sachnormen.....	323
III.	Zusammenfassung	327
B.	<i>Internationales Gesellschaftsrecht</i>	329
I.	Das autonome Kollisionsrecht der rechtlich konfigurierten Marktakteure	330
1.	Aufgabe des Kollisionsrechts: Bestimmung des Gesellschaftsstatuts	330
2.	Der Gesellschaftsbegriffs des autonomen Gesellschaftskollisionsrechts	331
3.	Die Reichweite des Gesellschaftsstatuts: Einheit des Gesellschaftsstatuts.....	332
4.	Bestimmung des Gesellschaftsstatuts	333
a)	Sitztheorie	333
b)	Gründungstheorie	335
5.	Statutenwechsel durch Gesellschaftsmobilität.....	337

II. Die Rechtsprechung des EuGH zu rechtlich konfigurierten Marktakteuren	339
1. Der Begriff des rechtlich konfigurierten Marktakteurs	340
2. Wegzugskonstellation	341
a) Der Ausgangsfall: „Daily Mail“	342
aa) Entscheidungsgründe des EuGH: Keine Anwendbarkeit der Niederlassungsfreiheit auf den Wegzug rechtlich konfigurierter Marktakteure	342
bb) Bewertung: Keine Anwendbarkeit der Niederlassungsfreiheit auf den Wegzug unter Beibehaltung der rechtlichen Konfiguration des Gründungsrechts	345
b) Cartesio	347
aa) Entscheidungsgründe des EuGH: Anwendbarkeit der Niederlassungsfreiheit auf den Wegzug bei einem Wechsel des auf die rechtliche Konfiguration anwendbaren Rechts	348
bb) Bewertung: Teilabkehr von „Daily Mail“	349
c) Die Bestätigung: „National Grid Indus“	352
d) Zusammenfassung	353
3. Zuzugskonstellation	354
a) Trennung von Gründung und Tätigkeit eines rechtlich konfigurierten Marktakteurs: „Centros“	355
b) Regelungen des Zuzugsstaats, die die rechtliche Konfiguration betreffen, begründen eine Beschränkung der sekundären Niederlassungsfreiheit: „Inspire Art“	358
c) Regelungen des Zuzugsstaats, die die rechtliche Konfiguration betreffen, begründen eine Beschränkung der primären Niederlassungsfreiheit: „Überseering“	360
4. Die Freiheit, eine rechtliche Konfiguration zu gründen	363
a) Diskriminierungsfreier Zugang zu bestehenden rechtlichen Konfigurationen des Zuzugsstaats: „Sevic“	364
b) Beschränkungsfreier Zugang zu einer vom Zuzugsstaat zur Verfügung gestellten rechtlichen Konfiguration: „VALE“	366
c) Begrenzung des Marktzugangs durch das Erfordernis einer tatsächlichen wirtschaftlichen Tätigkeit	369

5. Zusammenfassung: Die Freizügigkeit des rechtlich konfigurierten Marktakteurs	370
III. Einwirkungen der Freizügigkeit des rechtlich konfigurierten Marktakteurs in das Internationale Gesellschaftsrecht	371
1. Kollisionsrechtliche Bedeutung von Art. 54 Abs. 1 AEUV	372
a) Versteckte Kollisionsnorm in Art. 54 Abs. 1 AEUV bezüglich der Gründung einer Gesellschaft.....	373
b) Erstreckung der versteckten Kollisionsnorm in Art. 54 Abs. 1 AEUV auf den Fortbestand der Gesellschaft.....	374
c) Sachnormverweisung.....	375
2. Einwirkungen der Niederlassungsfreiheit in das Internationalen Gesellschaftsrecht.....	377
a) Keine versteckte Kollisionsnorm in Art. 49 AEUV	378
b) Niederlassungsfreiheit als Marktzugangsfreiheit für rechtlich konfigurierte Marktakteure	378
c) Anwendungsvorrang mit der Rechtsfolge der Unanwendbarkeit entgegenstehenden nationalen Rechts bei verweigerter Rechtsfähigkeit	379
d) Keine aus der Niederlassungsfreiheit folgende Erstreckung auf andere Rechtsfragen.....	382
IV. Das Grundprinzip hinter der Freizügigkeit der rechtlich konfigurierten Marktakteure: Grenzüberschreitende Rechtswahlfreiheit.....	385
C. Internationales Namensrecht	387
I. Das autonome Namenskollisionsrecht	388
II. Bestimmung des Namensstatuts	390
1. Staatsangehörigkeit.....	391
a) Bestimmung der Staatsangehörigkeit.....	392
b) Mehrstaatigkeit, Art. 5 Abs. 1 EGBGB.....	392
c) Staatenlosigkeit, Art. 5 Abs. 2 EGBGB	393
d) Flüchtlinge	394
2. Domizilprinzip (Wohnsitz und gewöhnlicher Aufenthalt)	395
3. Parteiwille.....	398
4. Divergierende Namensführung durch Unionsbürgermobilität	400

a)	Statutenwechsel	400
b)	Hinkende Namensführung ohne Statutenwechsel.....	401
c)	Vorfragenanknüpfung	402
5.	Vergleich mit den Kollisionsnormen des Internationalen Gesellschaftsrechts	404
III.	Die Rechtsprechung des EuGH zur Freizügigkeit von Namen	405
1.	Garcia Avello.....	406
a)	Entscheidungsgründe des EuGH.....	407
b)	Bewertung	409
c)	Geringe Auswirkungen auf das deutsche Namenskollisionsrecht	411
2.	Grunkin-Paul	413
a)	Entscheidungsgründe des EuGH.....	414
b)	Bewertung: Gleichrangigkeit der Anknüpfungsmomente.....	416
c)	Bedeutung der Achtungspflicht nach „Grunkin-Paul“ im deutschen Recht.....	417
aa)	Vorab: Irrelevanz einer Namensregistrierung im deutschen Recht	419
bb)	Unmöglichkeit der Rechtsfortbildung von § 1617 BGB	419
cc)	Anderer Name als „wichtiger Grund“ im Namensänderungsverfahren	421
dd)	Unionsrechtskonforme Rechtsfortbildung von Art. 10 EGBGB.....	422
ee)	Anerkennungsprinzip	426
ff)	Zusammenfassung.....	429
3.	Sayn-Wittgenstein.....	429
a)	Entscheidungsgründe des EuGH.....	432
b)	Bewertung: Schutz des Vertrauens auf den tatsächlich geführten Namen	433
aa)	Vertrauensschutz auf den unrichtigen Namen in inländischen Personenstandsregistern	433
(1)	Vertrauensschutz in der namensrechtlichen Rechtsprechung des BVerfG.....	434
(2)	Voraussetzungen für den Vertrauensschutz im Namensrecht.....	436

(3) Übertragung der Voraussetzungen des Vertrauensschutzes auf die Rechtssache „Sayn-Wittgenstein“	437
bb) Vertrauensschutz auf den unrichtigen Namen in ausländischen Personenstandsregistern	438
cc) Exkurs: Schutz des tatsächlich geführten Namens nach Art. 8 EMRK	440
c) Bedeutung des unionsrechtlichen Schutzes des Vertrauens auf den tatsächlich geführten Namen im deutschen Recht.....	443
4. Zusammenfassung: Die Freizügigkeit von Namen	443
IV. Einwirkungen der unionalen Freizügigkeitsrechte in das Internationale Namensrecht	445
1. Keine versteckte Kollisionsnorm in Art. 21 AEUV	445
2. Unionsbürgerfreizügigkeit als Zugangsfreiheit für Namen und zur inländischen Namensbildung	447
a) Aufhebung der Zugangssperre für nach ausländischem Sachrecht gebildete Namen	447
b) Aufhebung von Diskriminierungen und Beschränkungen beim Zugang zu nach inländischem Sachrecht gebildeten Namen.....	448
3. Der beschränkende Charakter des öffentlich-rechtlichen Namensänderungsverfahrens	449
4. Die Namenswahl nach Art. 48 EGBGB.....	451
a) Vorweg: Die neu definierte „contra legem“-Grenze bei der unionsrechtskonformen Rechtsfortbildung des Art. 10 EGBGB	452
b) Fortbestehende Beschränkung bei ausländischem Namensstatut	453
c) Fortbestehende Beschränkung bei Namensänderung ohne gleichzeitigen gewöhnlichen Aufenthalt in dem EU-Mitgliedstaat.....	454
d) Unionsrechtskonforme Rechtsfortbildung von Art. 48 EGBGB	455
aa) Teleologische Reduktion des Tatbestandsmerkmals „während eines gewöhnlichen Aufenthalts“	456
bb) Teleologische Extension des Tatbestandsmerkmals „Unterliegt ... deutschem Recht“	457

(1) Art. 48 EGBGB als versteckte Kollisionsnorm	458
(2) Art. 48 EGBGB als Rechtswahl.....	460
(3) Keine Überschreitung der „contra legem“- Grenze durch die unionsrechtskonforme Rechtsfortbildung des Art. 48 EGBGB.....	461
(4) Zusammenfassung.....	463
V. Grundprinzip hinter der Freizügigkeit von Namen: Grenzüberschreitende Namenswahlfreiheit.....	464
D. Zusammenfassung.....	465
I. Die Wirkungsweise des unionsrechtlichen Anwendungsvorrangs im autonomen IPR.....	465
II. Verallgemeinerungsfähigkeit der Feststellungen zum Internationalen Gesellschaftsrecht und zum Internationalen Namensrecht.....	471
III. Wirkungsweise des Anwendungsvorrangs in anderen Teilrechtsgebieten des IPR.....	474
1. Zugang zu einem Rechtsverhältnis: Das Internationale Adoptionsrecht.....	474
2. Zugang eines bestehenden Rechtsverhältnis zum Hoheitsgebiet eines anderen Mitgliedstaats: Freizügigkeit rechtlich konfigurierter Lebensgemeinschaften.....	477
a) Zugangssperre für eine gleichgeschlechtliche Ehe als Verletzung der Unionsbürgerfreizügigkeit.....	479
b) Unverhältnismäßigkeit einer Zugangssperre wegen der Verletzung von Art. 8 EMRK/Art. 7 GRCh....	480
c) Herstellung eines unionsrechtskonformen Rechtszustands	484
Schlussbetrachtungen.....	489
Zusammenfassung in Thesenform.....	491
Literaturverzeichnis.....	507
Entscheidungsverzeichnis.....	530
Sachregister.....	534

Abkürzungsverzeichnis

a.A.	anderer Ansicht
a.F.	alte Fassung
ABGB	Allgemeines Bürgerliches Gesetzbuch
ABl.	Amtsblatt der Europäischen Union
AcP	Archiv für die civilistische Praxis
AEUV	Vertrag über die Arbeitsweise der Europäischen Union
AG	Die Aktiengesellschaft (Zeitschrift)
AG	Aktiengesellschaft (Rechtsform)
AG	Amtsgericht
AGG	Allgemeines Gleichbehandlungsgesetz
AöR	Archiv des öffentlichen Rechts
AVR	Archiv des Völkerrechts
BayObLG	Bayerisches Oberstes Landesgericht
BayObLGZ	Sammlung der Entscheidungen des BayObLG in Zivilsachen
BB	Betriebs-Berater
BDGVR	Berichte der deutschen Gesellschaft für Völkerrecht
BeckOK-BGB	<i>Bamberger, Heinz-Georg/Roth, Herbert</i> (Hrsg.): Beck'scher Online-Kommentar BGB
BegrRegE	Begründeter Regierungsentwurf
BGB	Bürgerliches Gesetzbuch
BGBI.	Bundesgesetzblatt
BGH	Bundesgerichtshof
BGHZ	Amtliche Sammlung der Entscheidungen des Bundesgerichtshof in Zivilsachen
BR-Drs.	Bundesratsdrucksache
BT-Drs.	Bundestagsdrucksache
Buff.L.Rev.	Buffalo Law Review
BV	Besloten vennotschap (niederländische Rechtsform)
BVerfG	Bundesverfassungsgericht
BVerfGE	Amtliche Sammlung der Entscheidungen des Bundesverfassungsgerichts
BVerwG	Bundesverwaltungsgericht
CambrLJ	The Cambridge Law Journal
CIEC	Commission Internationale de l'Etat Civil
Clunet	Journal du droit international (Clunet)
CMLR	Common Market Law Review
ColumJEuRL	Columbia Journal of European Law
ComEStudi	Comunicazioni e studi
DB	Der Betrieb

Der Staat	Zeitschrift für Staatslehre und Verfassungsgeschichte, deutsches und europäisches öffentliches Recht
DJT	Deutscher Juristentag
DNotZ	Deutsche Notar-Zeitschrift
DÖV	Die Öffentliche Verwaltung
DRiZ	Deutsche Richterzeitung
DStR	Deutsches Steuerrecht
DVBl.	Deutsches Verwaltungsblatt
DZWIR	Deutsche Zeitschrift für Wirtschafts- und Insolvenzrecht
EBOR	European Business Organization Review
ECFR	European Company and Financial Review
Ecolex	Fachzeitschrift für Wirtschaftsrecht
EG	Europäische Gemeinschaft
EGBGB	Einführungsgesetz zum Bürgerlichen Gesetzbuch
EGKS	Vertrag über die Gründung der Europäischen Gemeinschaft für Kohle und Stahl
EGMR	Europäischer Gerichtshof für Menschenrechte
ELJ	European Law Journal
ELRev	European Law Review
EMRK	Konvention zum Schutz der Menschenrechte und Grundfreiheiten
EnzEuR	Enzyklopädie des Europarechts
EStG	Einkommensteuergesetz
EU	Europäische Union
EuGH	Gerichtshof der Europäischen Union
EuGRZ	Zeitschrift für Europäische Grundrechte
EuR	Zeitschrift Europarecht
Euratom	Europäische Atomgemeinschaft
EuR-Beih.	Beihefte zur Zeitschrift Europarecht
EUV	Vertrag über die Europäische Union
EuZA	Europäische Zeitschrift für Arbeitsrecht
EuZW	Europäische Zeitschrift für Wirtschaftsrecht
EWG	Europäische Wirtschaftsgemeinschaft
EWGV	Vertrag über die Gründung der Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft
EWiR	Entscheidungen im Wirtschaftsrecht
EWS	Europäisches Wirtschafts- und Steuerrecht (Zeitschrift)
FamRZ	Zeitschrift für das gesamte Familienrecht
Foro it.	Il Foro Italiano
FS	Festschrift
GA	Generalanwältin/Generalanwalt
GbR	Gesellschaft bürgerlichen Rechts
GG	Grundgesetz
GmbH	Gesellschaft mit beschränkter Haftung
GmbHG	Gesetz betreffend die Gesellschaften mit beschränkter Haftung
GmbHR	GmbH-Rundschau
GPR	Gemeinschaftsprivatrecht
GRCh	Charta der Grundrechte der Europäischen Union
GRUR	Gewerblicher Rechtsschutz und Urheberrecht (Zeitschrift)
GRUR Int	Gewerblicher Rechtsschutz und Urheberrecht, internationale Ausgabe
GS	Gedächtnisschrift

Harv.L.Rev.	The Harvard Law Review
HdBStR	Handbuch des Deutschen Staatsrechts
HGR	Handbuch der Grundrechte in Deutschland und Europa
ICLQ	International & Comparative Law Quarterly
ILJ	Industrial Law Journal
Int.Enc.Comp.L.	International Encyclopedia of Comparative Law
IPbpR	Internationaler Pakt über bürgerliche und politische Rechte
IPR	Internationales Privatrecht
IPRax	Praxis des Internationalen Privat- und Verfahrensrechts
IPRspr.	Die deutsche Rechtsprechung auf dem Gebiet des internationalen Privatrechts
IZPR	Internationales Zivilprozessrecht
J.Priv.Int.L.	Journal of Private International Law
jbl	Juristische Blätter
JR	Juristische Rundschau
juridikum	Zeitschrift für Kritik, Recht und Gesellschaft
JuS	Juristische Schulung
JW	Juristische Wochenschrift
JZ	JuristenZeitung
kft	Korlátolt felelősségű társaság (ungarische Rechtsform)
KG Berlin	Kammergericht Berlin
KG	Kommanditgesellschaft
KindRG	Kindschaftsrechtsreformgesetz
LPartG	Lebenspartnerschaftsgesetz
MJ	Maastricht Journal of European and Comparative Law
NamÄndG	Gesetz über die Änderung von Familiennamen und Vornamen
NJW	Neue Juristische Wochenschrift
NJW-RR	Neue Juristische Wochenschrift Rechtsprechungs-Report
NK-BGB	Nomos Kommentar zum BGB
NV	Naamloze vennootschap (niederländische Rechtsform)
NVwZ	Neue Zeitschrift für Verwaltungsrecht
NZA	Neue Zeitschrift für Arbeitsrecht
NZG	Neue Zeitschrift für Gesellschaftsrecht
OHG	Offene Handelsgesellschaft
OLG	Oberlandesgericht
ÖstVerfGH	Österreichischer Verfassungsgerichtshof
PCIJ	Permanent Court of International Justice
PLC	public limited company
PolnVerfGH	Polnischer Verfassungsgerichtshof
PStRG	Personenstandsrechtsreformgesetz
RabelsZ	Rabels Zeitschrift für ausländisches und internationales Privatrecht
RCDIP	Revue critique de droit international privé
RdA	Recht der Arbeit
RdC	Recueil des Cours de l'Académie de La Haye
Rechtstheorie	Zeitschrift für Logik und Juristische Methodenlehre, Rechtsinformatik, Kommunikationsforschung, Normen- und Handlungstheorie, Soziologie und Philosophie des Rechts
RG	Reichsgericht
RGZ	Sammlung der Entscheidungen des Reichsgerichts in Zivilsachen

RHDI	Revue d'histoire du droit international
Riv. dir. Int.	Rivista di diritto internazionale
RIW	Recht der internationalen Wirtschaft
Rs.	Rechtssache
SA	Société Anonyme (französische Rechtsform)
SARL	Société à responsabilité limitée (französische Rechtsform)
SchLA	Schlussanträge
SEW	Sozial Economische Wetgeving
SGB	Sozialgesetzbuch
Slg.	Sammlung der Rechtsprechung des Gerichtshofes und des Gerichts Erster Instanz
srl	Società a responsabilità limitata (Rechtsform)
StAZ	Das Standesamt, Zeitschrift für Standesamtswesen, Familienrecht, Staatsangehörigkeitsrecht, Personenstands-recht, internationales Privatrecht des In- und Auslands
StIGH	Ständiger Internationaler Gerichtshof
StudZR	Studentische Zeitschrift für Rechtswissenschaft
TzBfG	Gesetz über Teilzeitarbeit und befristete Arbeitsverträge
VersAusglG	Versorgungsausgleichsgesetz
VO	Verordnung
VVDStRL	Veröffentlichungen der Vereinigung deutscher Staatsrechtslehrer
VwGH	Verwaltungsgerichtshof
WFBV	Wet op de formeel buitenlandse vennootschappen
WRP	Wettbewerb in Recht und Praxis
WVK	Wiener Übereinkommen über das Recht der Verträge
YEL	Yearbook of European Law
ZaöRV	Zeitschrift für ausländisches öffentliches Recht und Völkerrecht
ZAR	Zeitschrift für Ausländerrecht und Ausländerpolitik
ZEuP	Zeitschrift für Europäisches Privatrecht
ZEuS	Zeitschrift für Europarechtliche Studien
ZfRV	Zeitschrift für Europarecht, Internationales Privatrecht und Rechtsvergleichung
ZGR	Zeitschrift für Unternehmens- und Gesellschaftsrecht
ZGS	Zeitschrift für Vertragsgestaltung, Schuld- und Haftungsrecht
ZHR	Zeitschrift für das gesamte Handelsrecht und Wirtschaftsrecht
ZIP	Zeitschrift für Wirtschaftsrecht
ZVglRWiss	Zeitschrift für Vergleichende Rechtswissenschaft
ZZP	Zeitschrift für Zivilprozess
ZESAR	Zeitschrift für europäisches Sozial- und Arbeitsrecht

Einleitung

„Nous ne coalisons pas des Etats, nous unissons des hommes“, schrieb *Jean Monnet* als Untertitel seiner Autobiographie „Mémoires“ und brachte damit den Grundgedanken der europäischen Integration zum Ausdruck.¹ Die mit der Errichtung des Gemeinsamen Marktes zu erzielende Wirtschaftsintegration sollte hiernach nur eine Zwischentappe zur politischen Einigung Europas sein. Die Wirtschaftsintegration sollte ein Instrument zur Erreichung der politischen Integration Europas sein. Der Gedanke der Integration von Bürgern anstelle von Staaten setzt auf die Begegnung und den Austausch der verschiedenen Staatsbürger der Mitgliedstaaten der ursprünglichen Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft. Ihr Erfolg lässt sich damit an der tatsächlichen Inanspruchnahme der grenzüberschreitenden Personenfreizügigkeit messen.

Im Jahr 2011 lebten nach den Angaben von Eurostat 18,8 Millionen Unionsbürger in einem anderen EU-Mitgliedstaat als demjenigen ihrer Staatsangehörigkeit. Dies entsprach einem Anteil von 3,7 % der Gesamtbevölkerung der 28 EU-Mitgliedstaaten.² Im Jahr 2005 waren es (vor dem Beitritt Rumäniens und Bulgariens) noch 8,2 Millionen Unionsbürger.³ Diese steigende Anzahl von grenzüberschreitend mobilen Unionsbürgern schlägt sich auch in Familienbeziehungen nieder. In Deutschland wurden im Jahr 2012 beispielsweise 18.898 transnationale Ehen geschlossen.⁴ Hinzu traten in diesem Jahr 30.939 Lebendgeburten von verheirateten Eltern, die gemischtnational mit mindestens einem Unionsbürger waren.⁵ Diese gemischtnationalen Familienverhältnisse

¹ *Monnet*, Mémoires.

² Eurostat, *People in the EU: who are we and how do we live?*, Eurostat Statistical Books, Luxemburg 2015, S. 92.

³ Europäische Kommission, *Fünfter Bericht über die Unionsbürgerschaft (KOM(2008) 85 endg.)*, S. 2.

⁴ Quelle: Eigene Berechnungen auf Grundlage von Zahlen des Statistischen Bundesamtes, *Bevölkerung und Erwerbstätigkeit, Natürliche Bevölkerungsbewegung*, 2012, Fachserie 1 Reihe 1.1, Tabellen 14.10.1 und 14.10.2 über Eheschließungen nach Staatsangehörigkeit. Unter einer transnationalen Ehe wird hier die Ehe zwischen einem deutschen Staatsangehörigen und einem Unionsbürger sowie unter Unionsbürgern verstanden.

⁵ Quelle: Eigene Berechnungen auf Grundlage von Zahlen des Statistischen Bundesamtes, *Bevölkerung und Erwerbstätigkeit, Natürliche Bevölkerungsbewegung*, 2012, Fachserie 1 Reihe 1.1, Tabellen 2.16 und 2.17 über Lebendgeborene nach der Staatsangehörigkeit des Vaters und der Mutter.